

WENIG ÜBERZEUGEND...

... sind die Argumente, mit denen das Initiativkomitee für die Atom- und Energieinitiative seine am 23. September zur Abstimmung gelangenden Vorstösse anpreist. Auf der ersten Seite eines Abstimmungsprospektes werden die geneigten Leser zunächst von der "Copräsidentin" des Komitees mit "sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde" angesprochen. Der Text ist dann gewissermassen als Quiz aufgebaut. Das heisst, es werden Fragen gestellt. Unter anderem so:

"Möchten Sie auch wieder einmal in der Sonne spazieren gehen, ohne viel zu denken, weil Sie nichts grundsätzlich beunruhigt?"

"Haben Sie nicht wieder Lust darauf, bei einem Gewitter sich verregnen zu lassen, und das würde die Haut schön machen?"

"Möchten Sie auf Ihrem Balkon oder in Ihrem Gärtchen nicht auch wieder einmal etwas nützlicheres als Blumen anpflanzen können, ohne Angst vor Vergiftung, auch wenn Sie in der Stadt wohnen?"

Falls der Leser diese naiven Fragen mit Ja beantwortet - so meint zumindest das Initiativkomitee -, müsste er am 23. September auch Ja stimmen. So simpel einfach ist das. Ein Wunder, dass wir nicht längst in paradiesischen Zuständen leben.

Was mich anbetrifft, so werde ich jetzt erst recht zwei Nein in die Urne legen am 23. September, denn 1. ist es noch angenehmer, in der Sonne zu spazieren und gleichzeitig zu wissen, dass es genügend Energie gibt; 2. habe ich seit vielen Jahren einen Regenschirm und bleibe auch bei einem Gewitter gerne trocken (dies vermutlich im Gegensatz zu Leuten, die eventuell immer noch etwas nass sind hinter den Ohren); 3. ist es doch keinem Menschen verboten, auf dem Balkon oder im Garten neben Blumen (die übrigens auch nützlich sind!) Salat, Schnittlauch oder Petersilie zu säen.

Nein, die Frau "Copräsidentin" hat mich nicht überzeugt, auch wenn ich ein "sehr geehrter Herr und lieber Freund" bin... tz.

## SCHALTERSCHLUSS STATT SCHULTERSCHLUSS?

(bjz) Am 23. September hat das Schweizervolk eine wichtige Entscheidung über die Zukunft der Schweiz zu treffen. Es geht bei den Abstimmungen über die Atom- und die Energieinitiative - mehr noch als seinerzeit bei den Ueberfremdungsinitiativen - um die Gestaltung der Schweiz von morgen, um die Gestaltung unserer eigenen, mittelbaren Zukunft, über die Zukunft unserer Kinder. Leicht überspitzt formuliert gilt es, unsere eigene und die Lebensqualität der nächsten Generationen zu "programmieren".

### Das Geschäft mit der Angst

Sowohl anlässlich der Unterschriftensammlungen, welche die jetzt bevorstehenden Abstimmungen erst möglich gemacht haben, als auch im laufenden Abstimmungskampf, "arbeiten" die Initianten mit teilweise recht zweifelhaften Methoden. Die Argumente der Befürworter der Atom- und Energieinitiative reichen von Hiroshima über Nagasaki und Harrisburg bis hin zu Seveso; oder: von kriegerischen Ereignissen über menschliches Versagen ohne menschlichen Schaden bis hin zu einer Umweltschutzkatastrophe, die zwar durch hochkarätiges Gift verursacht worden ist, mit Kernkraft und ihrer friedlichen Nutzung aber nicht das Geringste zu tun hat. Die Befürworter der beiden Initiativen treiben, offensichtlich bewusst, ein höchst bedenkliches Spiel mit der Angst. Sie träumen von einer Schweiz ohne Kernkraftwerk als "Insel für Aussteiger", und sie argumentieren dabei wider besseres Wissen - für vermehrten Schutz der Umwelt durch Verzicht auf die saubere Kernenergie mittels vermehrtem Einsatz von Erdöl...!

### Die Technologie ist im Griff

Der Widersinn in den Absichten der politisch grösstenteils weit links angesiedelten Initianten liegt darin, dass sie zwar nicht müde werden, für die "Sicherung der Arbeitsplätze" mit Schlagworten zu kämpfen, zu demonstrieren und - wer weiss - "notfalls" sogar zu streiken, dass sie aber offenbar

ausserstande sind, die Auswirkungen der Initiativen auf den Arbeitsplatz abzuschätzen und einzugestehen, dass sich durch die Einbusse von auch nur 5 Prozent elektrischen Stroms unabsehbare Schwierigkeiten für die gesamte schweizerische Wirtschaft ergeben müssten. Für eine grosse Zahl von Arbeitnehmern geht es somit am 23./24. September um nicht weniger als um ihren eigenen Arbeitsplatz.

Die Verantwortlichen für unsere Energiepolitik andererseits wollen durch die Ausnützung technologisch abgesicherter und preislich für den Konsumenten möglichst günstiger elektrischer Energie weiterhin ihren Beitrag leisten an den fort-dauernden Wohlstand des Schweizervolkes. Ihr diese Möglichkeit zu nehmen, beziehungsweise sie in ihren guten Absichten zu behindern, hiesse - sich das eigene Grab zu schaufeln.

Wenn wir alle in der Schweiz

- unseren Arbeitsplatz sichern,
  - unsere Umwelt bestmöglich schützen,
  - mit sicherer Energie leben,
  - uns vom Ausland möglichst unabhängig machen und
  - unsere eigene und die Zukunft unserer Nachkommen sichern
- wollen, dann gibt es den einzigen Weg: ein klares NEIN sowohl zur Atom- als auch zur Energieinitiative. Unser Land wird mit der Ablehnung dieser beiden "Volksbegehren" durchaus nicht wegen übermässigen Wohlstandes aus den Nähten platzen. Aber wir werden in der Lage bleiben, im Konzert unserer grossen und kleineren Nachbarn mitzuspielen.

IX/22.8.84

Zur eidg. Volksabstimmung vom 23. September 1984

Kommt statt dem Stromkontrolleur bald der Energiepolizist? =

Es läutet an der Haustüre. Beim Oeffnen wird man von einem Mann begrüsst, halb in Zivilkleidung, halb in Uniform, bewehrt mit einem Block und Schreibwerkzeug. Ein anfängliches Misstrauen ist schnell überwunden. Um einen Soziologen handelt es sich nicht - das ist schon vom äusseren Erscheinungsbild wenig möglich -, sondern um den Stromkontrolleur. Also um jenen Mann, der in regelmässigen Abständen auf der Stromuhr den Stromverbrauch kontrolliert, abliest und registriert.

Dieses Bild könnte sich bald ändern. Sollten am 23. September nämlich die Atom- und die Energieinitiative angenommen werden, dann könnte sich der Stromkontrolleur schnell einmal zu einem Energiepolizisten verwandeln. Zumal in der Volksinitiative "für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung" wimmelt es von etatistischen Ansätzen. Mit anderen Worten: Wollte man ihre Bestimmungen in die Wirklichkeit umsetzen, dann bekäme der Staat im Energiebereich eine Macht, die verhängnisvolle Entwicklungen in Gang setzen würde. So beispielsweise durch den Absatz 2g des Entwurfs von Artikel 24octies der Bundesverfassung. Dort heisst es, dass der Bund Vorschriften aufzustellen oder durch die Kantone auszuführen hat: "Beschränkung der Abgabe von Elektrizität für die Wärmeerzeugung und für Klimaanlage".

Wer wird kontrollieren, wer an einem kühlen Sommertag sein Heizöfeli anstellt? Wer wird kontrollieren, wer an einem heissen Sommertag seinen privaten Ventilator laufen lässt? Jemand muss ja diesen Verbrauch überwachen. Entweder müssen solche Apparate gemeldet werden oder sie müssen speziellen Kontrollnormen unterzogen werden. So oder so bedarf es einer Person, welche einerseits das Vorhandensein von Wärmeerzeugungs- und Klimaanlage zu überprüfen hat, andererseits deren Stromverbrauch. Vielleicht müssen noch zusätzliche Apparate eingebaut werden. Und vor allem dürfte eine Kontrollperson nicht genügen, sondern es bräuchte mehrere.

Auch wäre es vorstellbar, dass diese Person selber mit Kompetenzen ausgestattet würde. In einem solchen Fall würde der Stromkontrolleur in der Tat durch einen Strompolizisten ersetzt werden. Dieser hätte gleich auch noch die Aufgabe, die knapper gewordene Elektrizität, sofern sie nicht ohnehin rationiert wird, zu kontingentieren und den Konsumenten zuzuteilen. Also ein Energiepolizist. Will das Schweizer Volk eine solche "Enpo"? Wohl kaum. Also gilt es vorzubeugen, und am 23. September zwei Mal Nein in die Urne zu werfen!

Paul Ehinger

## Politik der gebundenen Hände

Eine Annahme der Atom-Initiative brächte uns eine starke Einschränkung unserer Entscheidungsfreiheit in der Energiepolitik. Wir müssten auf eine weitere Option pro Kernenergie verzichten, unwissend, was in der näheren und entfernteren Zukunft im Energiesektor noch alles auf uns zukommt. Wir sind und bleiben ja zu etwa 80 Prozent in unserem Energieverbrauch vom Ausland abhängig. Zu immer noch 68 Prozent hängt unsere Energieversorgung am Erdöl, eine wahrhaft kritische Abhängigkeit. Wenn die Erdölpreise sich in der letzten Zeit nicht mehr nach oben bewegt haben, so gibt uns das für die Zukunft überhaupt keine Sicherheit. Der nächste Erdölschock kommt bestimmt, und wenn wir - aus freien Stücken - auf die Nutzung der Kernenergie verzichten, so wird unsere gesamte Energieversorgung noch wesentlich krisenanfälliger.

Die Bedeutung der Kernenergie im Rahmen unserer Energie- und Elektrizitätsversorgung ist gross, entsprechend fatal wären die Folgen einer Annahme der Atom-Initiative. Ein Fünftel des Endverbrauches an Energie entfällt in der Schweiz auf die Elektrizität, und davon wiederum entfallen nicht weniger als 29 Prozent auf die in Betrieb befindlichen vier Kernkraftwerke. Man müsste die Produktion aus allen Wasserkraftwerken um die Hälfte erhöhen, wollte man diesen Ausfall aus anderen Quellen decken.

## Verführerischer Titel

Die Initianten waren sich natürlich bewusst, dass politisch nicht gut nur ein Energieträger verboten werden kann, ohne dass man auch sagt, wo denn diese Energie auf der Verbrauchsseite einzusparen sei. Darum ist neben der Atom-Initiative ein Zwillings-Volksbegehren mit dem verführerischen Titel "für eine sichere, sparsame und umweltgerechte

Energieversorgung" entstanden, das dem Staat umfassende Kompetenzen einräumen will zur planwirtschaftlichen Lenkung der Energieversorgung. Nun sind wir uns wohl alle einig, dass mit der Energie haushälterisch umzugehen ist. Dass wir Energie sparen, Erdöl substituieren und forschen müssen, bleibt unbestritten.

Man darf jedoch gleich beifügen, dass in der Vergangenheit, seit dem Erdölschock von 1973, nicht nichts gegangen ist. Im Gegenteil. Bürger und Konsument und ganz besonders die Wirtschaft haben auf die energiepolitischen Veränderungen rasch und richtig reagiert. Die Erdölabhängigkeit hat seit 1973 von 81 auf 67,6 Prozent deutlich abgenommen. Statt 13,9 Mio Tonnen flüssige Brenn- und Treibstoffe wie im Jahre 1973 wurden im vergangenen Jahr noch 11,1 Mio Tonnen verbraucht. Und der Gesamtenergieverbrauch - der sich 1983 gegenüber dem Vorjahr um 2,9 Prozent erhöht hatte - lag im vergangenen Jahr nur um 1,4 Prozent über dem Niveau von 1973, obwohl seither 365'000 zusätzliche Wohnungen gebaut und 1,14 Mio Motorfahrzeuge in der Schweiz zusätzlich in Betrieb genommen worden sind!

## 2 x Nein zu mehr Staat

Mit einer Ablehnung der Energie-Initiativen wende ich mich nicht gegen die deklamatorischen Ziele der beiden Vorstösse wie verbesserte Lebensqualität oder Sicherheit von Mensch und Umwelt, sondern konkret gegen das übertriebene Multi-pack von Verboten, Vorschriften etc. sowie gegen die vorgeschlagene zweckgebundene Energiesteuer auf Oel, Kohle, Gas und Strom. Eine Annahme der beiden Initiativen hätte viel Staatsbürokratie und zusätzliche Beamte zur Folge. Wir müssen aus guten Gründen auf solche gefährliche Experimente

verzichten. Wir tun gut daran, uns an Bewährtes zu halten und unsere zur Zufriedenheit funktionierende Energieversorgung nicht aufs Spiel zu setzen oder gar mutwillig zu zerstören. Darum: Keine Experimente - Energie-Initiativen 2 x Nein!

IX/22.8.84

## SANKT FLORIAN LÄSST GRÜSSEN!

---

### Gegen Experimente in der Energieversorgung

Von FDP-Nationalrat Kurt Schüle, Schaffhausen

Am 23. September stehen wir vor einer weiteren energiepolitischen Auseinandersetzung. Volk und Stände haben sich zu zwei Volksbegehren auszusprechen: Zur Energie- und zur Atom-Initiative. Der Entscheid an der Urne ist für die schweizerische Energiepolitik - und unsere Wirtschaft - von grosser Bedeutung.

Konkret wollen die Initianten mit der Atom-Initiative die friedliche Nutzung der Kernenergie in unserem Lande verbieten. Aufgrund der vorgeschlagenen Uebergangsbestimmung dürfte einzig noch das Kernkraftwerk Leibstadt in Betrieb genommen werden. Jedes weitere Kernkraftwerk, an welchem Standort auch immer, wäre durch die Initiative auf alle Zukunft hinaus verhindert.

### Wollen wir eine Energielücke?

Ja noch mehr: "Die bereits bestehenden Atomkraftwerke dürfen nicht mehr ersetzt werden" - so heisst es klipp und klar im Initiativtext. Beznau, Gösgen-Däniken und Mühleberg müssten innert relativ weniger Jahre ihren Betrieb schliessen und ihre Energieproduktion aufgeben, wenn ihre Erneuerung in 30 bis 40 Jahren fällig wird. Wie die dannzumalige Energiesituation in unserem Lande aussehen wird, ob wir dann eventuell eine Energielücke haben werden, kümmert die Initianten keinen Deut. Sie wollen einfach keine Kernenergie mehr, und damit basta. Höchstens noch aus dem Ausland importierte Elektrizität aus Kernkraftwerken - Sankt Florian lässt grüssen!

Zur eidg. Volksabstimmung vom 23. September 1984:

2 x NEIN zu den masslosen Atom- und Energieinitiativen

---

Zürich/pd. An einer Pressekonferenz in Zürich hat sich das Schweizerische Aktionskomitee gegen die masslosen Atom- und Energieinitiativen für ein doppeltes Nein anlässlich der eidgenössischen Volksabstimmung vom 23. September 1984 über die Atomverbots-Initiative Nr. 2 und die Energieinitiative stark gemacht. Vertreter des über 120 eidgenössische Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus der CVP, der FDP und der SVP zählenden Komitees führten als Hauptgründe für ihre ablehrende Haltung das Verbot der friedlichen Nutzung der Kernenergie mit der daraus entstehenden hausgemachten Energiekrise, die massive Gefährdung von Arbeitsplätzen in der gesamten Wirtschaft, die vorgesehene unhaltbare Energiesteuer, einen Rattenschwanz neuer Vorschriften und eine unverhältnismässige Aufblähung der Bürokratie an. Die Atom- und die Energieinitiativen tragen schliesslich der Tatsache in keiner Weise Rechnung, dass die Kernenergie als umweltfreundlich bezeichnet werden kann.

Die beiden Volksinitiativen sind nach Ansicht des Komitees (in Uebereinstimmung mit Bundesrat und grosser Parlamentsmehrheit) entschieden abzulehnen. Es werden mit ihnen zwar energiepolitische, in Tat und Wahrheit aber auch wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ziele angesteuert. Nachdem Volk und Stände 1979 bereits die erste Atomverbots-Initiative verworfen haben und demgegenüber das verschärfte Atomgesetz gutgeheissen worden sei, müsse der Weg der AKW-Gegner als Zwängerei bezeichnet werden. .

#### Hausgemachte Energiekrise heraufbeschwören?

Der Verzicht auf die friedliche Nutzung der Kernenergie mit dem Verbot, auslaufende Werke zu ersetzen und neue Werke zu bauen, ruft einen Energieengpass hervor, der durch alternative Energie und Sparmassnahmen nicht überbrückt werden kann. Eine derartige Mangellage führt zu einer Abwanderung von Betrieben ins Ausland und damit zu einer massiven Gefährdung von Arbeitsplätzen in der Schweiz. Mit der vorgesehenen saftigen Energiesteuer soll die Energie (Heizöl, Benzin, Gas, Elektrizität) zusätzlich verteuert werden; das würde sowohl den Einzelnen wie auch die gesamte Wirtschaft (nicht zuletzt auch Landwirtschaft und Gewerbe) treffen. Die Initiativen würden den Staatsapparat auf allen Ebenen unverhältnismässig aufblähen. Der Staat würde letztlich über die Lebensweise des Einzelnen befinden.

### Umweltfreundliche Kernenergie

Nach Ansicht des Aktionskomitees tragen die beiden Initiativen der Tatsache in keiner Weise Rechnung, dass die Kernenergie als umweltfreundlich bezeichnet werden kann. Auch der von den Initiativen verlangte Verzicht auf zentrale Energieproduktionsanlagen widerspricht einem vernünftigen Umweltschutz, können doch grössere Anlagen nachweislich umweltfreundlicher betrieben werden als eine Vielzahl von Kleinanlagen.

### Deutliche Kritik an Doppelbödigkeit der Initianten

Das Schweizerische Aktionskomitee gegen die masslosen Atom- und Energieinitiativen wird sich im Laufe der nächsten Wochen mit Inseraten, Plakaten sowie einer Abstimmungszeitung an die Öffentlichkeit wenden. Es verurteilt in diesem Zusammenhang mit aller Schärfe den verbrecherischen Anschlag auf das Ferienchalet des Präsidenten der Nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle sowie die lauen Distanzierungen der verschiedenen AKW-Gegnergruppen. Es wendet sich mit gleicher Schärfe gegen die von prominenten Befürwortern wiederholt geäusserten Drohungen, notfalls auch mit Gewalt gegen demokratisch zustandgekommene Erlasse und Entscheide anzutreten. Es ruft die Schweizer Bevölkerung auf, derartigen Machenschaften am 23. September 1984 mit einem zweifachen NEIN zu den masslosen Atom- und Energieinitiativen entgegenzutreten.

(55 Zeilen)

20.8.1984 / IX